

# Der Volksstaat

## Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

### An die Parteigenossen.

Es haben in letzter Zeit wieder einige Parteigenossen eine mehrmonatliche Gast anwesenheit verlassen, welche ihnen im Dienst für unsere Sache zuerkannt worden ist. Unsere Inhaftierten sind sämtlich mittellos und zum Theil verheirathet. Unser dringender Appell an die Parteigenossen wird daher hoffentlich nicht unberücksichtigt bleiben, wenn wir ihnen mittheilen, daß der „Fond für politisch Gemüthliche“ baldiger und reichlicher Zusätze bedarf, wenn wir unsern Verpflichtungen gegen die Gemüthlichen einigermaßen nachkommen sollen.

Leipzig. Der provisorische Ausschuß.  
**Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu Dresden am 12., 13., 14. und 15. August 1871.**

Vorversammlung:  
Sonnabend, den 12. August Nachmittags, im Münchenerhof.  
Öffentliche Sitzungen:

Sonnabend, den 12. August Abends, Sonntag, den 13., Montag, den 14. und Dienstag, den 15. August, im Saal der Centralhalle.

Geschlossene Sitzungen:  
Sonntag, den 13., Montag, den 14. und Dienstag, den 15. August, Abends im Münchenerhof.

Die Tagesordnung ist dieselbe, wie in Nummer 59 unseres Parteiorgans „Volksstaat“ angegeben.

Alle Delegirten mögen ihre Abreise so einrichten, daß sie Sonnabend 3 Uhr Nachmittags in Dresden anlangen.  
Leipzig, den 8. August. Der prov. Ausschuß.

### Zur Beachtung.

Trotzdem wir schon oft bekannt gemacht haben, daß wir an uns unbekannt Parteigenossen, Schriften nicht per Nachnahme versenden, so ist dies so wenig beachtet worden, daß wir genöthigt sind, die Gründe anzugeben, warum wir von Nachnahmeforderungen meistens absehen müssen. Es ist wiederholt vorgekommen, daß die Besteller die Sendung nicht eingelöst haben und wir haben dann das doppelte Porto zahlen müssen. Ferner werden oft einzelne Schriften bestellt, die, wenn sie per Nachnahme, wie oft verlangt wird, versendet werden, dadurch doppelt so theuer werden, da das Porto für Nachnahmen doppelt so viel als bei gewöhnlicher Sendung beträgt. Außerdem werden Kreuzbandsendungen per Nachnahme als Paete berechnet. Wir empfehlen daher gleich bei Bestellung, wenn wenig bestellt wird und die Zusendung per Kreuzband erfolgen kann, den Betrag incl. Porto in Briefmarken beizulegen, und bei größerer Bestellung den Betrag entweder in Papiergeld, oder durch Postanweisung zu senden. Silbergeld in Briefe einzulegen, ist unzulässig, verursacht auch dem Absender unnötige Portokosten. Bei Bestellung möge man auch, wenn die Sendung per Kreuzband erfolgen soll, den Portobetrag beifügen. Mehrbeträge werden retour gesandt. Schließlich bitten wir um möglichst genaue Schrift der Namen.

### Die Expedition des „Volksstaat“.

### Politische Uebersicht.

Ueber die schmuckvollen Dienste, welche die deutschen Otkupationstruppen den Pariser Vlnhochzeit leisteten, kommen nachgerade die standalösesten Details an den Tag. Nach den Aussagen heimgekehrter bayerischer Soldaten zogen in der Nacht vom 20. auf den 21. Mai deutsche Truppen aus ihren Stellungen vor Paris ab und rückten die Versailler unmittelbar darauf in dieselben ein und hatten so leichten Sieg. „Die Megeleien“, schreibt unser Gewährsmann, „haben manchen von unsern Leuten die Augen über die Herrschaft der „Ordnung“ geöffnet.“

Warum unsere Soldaten gehungert. Man scheint sehr bald an den Grenzen angelangt zu sein, wo der „ehrliche“ Prozentpatriotismus von dem — anderweitigen nicht zu trennen ist. Es wird offiziös aus Mey gemeldet, die Nachricht von Unterschlagungen bei dem Armeeverpflegungsfonfortium sei erfunden. Wenn nur auch der faule Speck, das stinkige Fleisch und das schimmliche Brot „erfunden“ wären!

Das Berliner Preßbureau hat die Stirn, folgenden „Beruhigungsartikel“ in die Welt zu schicken:

„Ueber den Gesundheitszustand der deutschen Armee während des letzten Krieges werden demnächst ausführliche Berichte erscheinen. Es ist so viel schon jetzt anzugeben, daß nach Ansicht der ersten medizinischen Autoritäten, welche den Feldzug mitgemacht haben, der Gesundheitszustand über alles Erwarten guter gewesen ist. Eine Zeit lang trat an Orten, welche stark mit Militär belegt waren, der Typhus allerdings ziemlich heftig auf, und besonders empfindlich litten die Patienten da, wo größere Lazarethe für Verwundete etabliert waren. Unvermeidlich ist in einzelnen Lazarethen trotz aller angewandten Mäße ferner die Pämie gewesen. Die Winterzeit ist die natürliche Folge der Krankepflege in Lazarethen, selbst den besiegten, und bessere Lazarethe waren überhaupt nicht herzurichten, wie in Frankreich. Allein die Pämie trat vereinzelt auf, und der Typhus nahm durchschnittlich keinen bössartigen Charakter an. Die deutsche Armee befand sich in einem Lande, dessen Klima zu dem allerschönsten in Europa gehört. Wenig empfindlich war die Kälte, sehr erträglich die Hitze. Erkältungen wurden vermieden, weil die Nächte nicht allzu rau waren. Der Deutsche ist so wie so abgehärteter als der Franzose; kommt er vollends in ein Land mit gleichmäßigem mildem Wetter, so wird er nicht bloss gegen Erkrankungen geschützt sein als vordem, sondern er wird sich wesentlich erholen. Alle, welche den Feldzug glücklich überstanden haben, sind körperlich frischer und wohler als je zuvor. Es kam hinzu, daß an die ... Genusses von Bier und Branntwein der ... Wenuß des ... trat, der allen Soldaten ohne Unterschied

des Ranges zugänglich gewesen ist. Wenn man will, so war für Hunderttausende der Krieg eine Erholungs-Excursion in ein schön gesiguetes Land mit herrlicher Luft und reizend wohlthunendem Klima. Nichts natürlicher, als daß dies Alles auf den Gesundheitszustand der Armee den besten Einfluß ausübte.“

Nach den, zwar nicht offiziellen, aber doch authentischen, — wenn auch keineswegs vollständigen — Mittheilungen des Berliner Centralnachweisungs-Bureaus, deren wir neulich erwähnten, belief sich die Zahl der Kranken während des Feldzugs in Frankreich auf mindestens eine halbe Million, das heißt die Hälfte der gesamten Armee. Und das nennen diese Preßturkos einen „über alles Erwarten guten Gesundheitszustand.“ Die Herren in Berlin hatten wohl erwartet, alle Soldaten würden in's Gras beißen? Und eine „Erholungs-Excursion“, dieser mörderischste aller Feldzüge! Ja, für gewisse Personen allerdings! Aber für die Soldaten — merkt's Euch Ihr Hunderttausend Mütter, deren Söhne, von Seuchen dahingerafft oder die Brust von feindlicher Kugel zerrissen, in Frankreichs Erde — mit „Thierkadavern“ — den Todeschlaf schlafen — sie haben nur eine „Erholungs-Excursion“ gemacht, Eure Söhne! Und Ihr Hunderttausende von Krüppeln und Siechen, die Ihr in Frankreich Eure Knochen und Eure Gesundheit gelassen, — merkt's Euch, es war ja nur eine „Erholungs-Excursion“ — für die Herrn in Berlin!

Was nun die vollen Verluste (trotz „Rothwein“) auf der Bismarckschen „Erholungs-Excursion“ betrifft, so lassen wir nachstehenden Brief eines Militärs folgen:

„Anfang Juli vorigen Jahres bestand die Friedensarmee aus den drei Jahrgängen 67, 68, 69. Bei der Mobilmachung wurde der Kriegsetat aus den Reservisten der hinteren Jahrgänge genommen. Im Laufe des Krieges sind ferner dreimal Rekruten eingezogen worden, ohne die Kriegsfreiwilligen und Ersatz-Reservisten I. Klasse, die jedoch alle wieder mit der Reserve entlassen wurden.“

„Welch kolossale Opfer dieser Krieg gekostet hat, ist aus der Thatsache ersichtlich, daß, als die Regimenter demobil gemacht wurden, man die Jahrgänge 67 und 68, welche in den beiden Kriegsjahren ebenfalls Reserve geworden waren, noch dabehalten mußte, um den Friedensetat vollständig zu haben, trotzdem man 3mal Rekruten eingezogen hatte. Der jetzige Friedensetat besteht somit aus den Jahrgängen 67, 68, 69 und den 70 und 71 eingezogenen Rekruten, welche für drei Jahrgänge gelten können. Aus diesen Ziffern erhellt, daß die Hälfte der Armee todt oder dienstuntauglich ist.“

„Um den Jahrgang 67 zu entlassen, welcher nun volle 4 Jahr dient, hat man wiederum Rekruten eingezogen und wenn man zum Herbst den Jahrgang 68 entlassen will, so muß man abermals Rekruten einziehen.“

„Beiläufig charakterisirt sich auch die „allgemeine Wehrpflicht“ durch den Umstand, daß man in diesen beiden Jahren mehr als noch einmal so viel junge Leute hat Soldaten werden lassen, als in gewöhnlichen Jahren — ein Beweis dafür, daß man in gewöhnlichen Jahren höchstens die Hälfte der Dienstfähigen unter die Fahne zieht.“ — Stupidität! Drei Viertel der Dentervolkspreße druckt, ohne eine Bemerkung, nachstehende Stieber'sche:

„Das „Journal de Bruxelles“ theilt mit, daß eine Versammlung der Internationalen in Genf gehalten wurde, in welcher 30 Komitees vertreten waren. Es soll beschlossen worden sein, Brüssel, Rom und Madrid zu Versammlungsorten für die nächsten Operationen zu wählen. Ferner veröffentlicht dasselbe Blatt ein Schriftstück, welches von dem Centralkomitee an alle Komitees der Internationalen gerichtet worden. Es lautet: In Erwägung, daß man die berühmten Chefs des französisch-sozialistischen Aufstandes, die glücklicher Weise schon durch andere erlegt sind, die eben so brav dem Tode entgegengehen werden, wenn die Sache des Proletariats es fordert, ohne Mitleid ermüdet und ohne Gnade getödtet hat, befehlen wir allen unsern Mitgliedern aller Länder, den Heer des Hasses und der Rache, den wir gegen die Religion, die Autorität, die Reichen und die Bürger angezündet haben, anzuschließen. Wir ergreifen die Gelegenheit, um euch zu sagen, daß die Beruhigung weder in unseren Herzen, noch in unsern Geistern ist, und daß unsere sozialen Ideen von dem Proletariat der ganzen Welt von Tag zu Tag besser gewürdigt werden. Bald werden wir zu heftigen und schrecklichen Explosionen unsere Lust nehmen, die es übernehmen werden, dem bestehenden sozialen System ein Ende zu machen, indem sie nöthigenfalls mit dem Beile und der Hinte Alles niederschlagen, was jetzt in der bürgerlichen und religiösen Ordnung aufrecht steht.“

Warum hat man auf der Liste der gewählten „Versammlungsorte“ (natürlich für Petroleum-Experimente), Berlin, Wien und unser liebes „Kleinparis“ Leipzig vergessen? Wenn man einmal „enthüllen“ will, dann doch auch gründlich. Die drei von uns genannten Städte dürften sogar obenan stehen auf der Originalliste. — Wir wollen's zwar nicht für ganz gewiß behaupten, aber —

Der Kaiser-König von Preußen hat eine Amnestie zu erlassen geruht — für Waldfrevler und Wilddiebe. Um den etwas majestätsbeleidigenden Eindruck dieses „Gnadenakts“ einigermaßen zu verwischen, faßelt die „Stern'sche Korrespondenz“ (offiziös) von einer „allgemeinen Bundesamnestie“. Berliner Wind! Da müßten die Herren kein Stieber'sches Gewissen haben. —

Um die Kopie des französischen Empire zu vervollständigen, will das Bismarcksche Kaiserreich auch seinen „Jedersvöll“ haben. Unser Jeder heißt Stroußberg, und statt des mexikanischen

Abenteuers soll uns ein rumänisches erblähen. Diplomat'sche, wenn nöthig militärische Aktion ist in Aussicht gestellt, weil die Rumänier von dem Erzschwindler Stroußberg und seinen vornehmen und vornehmsten Mitschwindlern nicht länger geprellt sein wollen. „Geprellt“, „Erzschwindler“, „Mitschwindler“, zu welchem blasphemischen Ausdrücken haben wir uns da hinreißend lassen gegen die Apostel der neureichlichen „Gottesfurcht und frommen Sitte“? —

Seit einigen Tagen wird das Denunziationsgeschäft, das ins Stocken zu kommen schien, wieder mit verdoppeltem, ja verzehnfachtem Eifer betrieben. Der Bundesrath arbeitet nemlich an einem „Deutschen Vereinsgesetz“, welchem „das preussische Vereinsgesetz“ — bekanntlich das schlechteste, d. h. reaktionärste, in Deutschland — „zu Grunde gelegt, und welches direkt gegen die Sozialdemokratie, namentlich die Internationale gerichtet sein soll“. Durch Einheit zur Freiheit, lautet die realpolitische Theorie. Die realpolitische Praxis ist: Durch Einheit ins Zuchthaus! —

Die Königin von England hat die Gewohnheit, ihre zahlreichen Kinder, sobald dieselben das Alter erreichen, wo sie auf eignen Füßen stehen sollten, vom Parlament „dotiren“ zu lassen. Diese Sitte will aber dem englischen Volk nicht einleuchten, weil es der Ansicht ist, die Versorgung der Kinder der Königin sei Sache der Königin, die es doch leichter könne, als eine Wittwe aus dem Volk, sintemalen Ihre Majestät dafür, daß sie nichts thut — das Beste freilich, was sie thun kann — ein Jahreseinkommen von mindestens einer halben Million Pfd. Sterling — über 3 Million Thaler — erhält, von welchem sie bei ihrem zurückgezogenen Leben nicht den zehnten Theil verbraucht. Obgleich nun die Königin von der Volksstimmung in Bezug auf diesen Punkt sehr genau unterrichtet ist, so forderte sie doch neulich abermals eine „Dotation“ (15,000 St. jährlich) für den jüngsten ihrer Söhne. Sofort liefen von allen Seiten Proteste ein, und auf einem Entrüstungsmeeting im Hyde Park wurde vorigen Sonntag der Beschluß gefaßt, am folgenden Tag auf Trafalgar Square, mitten in London, eine großartige Volksversammlung abzuhalten, um den Bewohnern Londons Gelegenheit zum Ausdruck ihrer Meinung zu geben. Raum hatte die Polizei davon erfahren, als sie ein Verbot der Versammlung erließ. Doch das gewählte Komitee erklärte, sich an das ungelegliche Verbot nicht kehren und die Versammlung um jeden Preis und auf Gefahr der Polizei abhalten zu wollen. Dadurch eingeschüchert, hob die Polizei das Verbot auf, und die Versammlung fand statt — die großartigste, welche man seit längerer Zeit in London erlebt hat. Zwischen 20- und 30,000 Menschen waren anwesend, und die Reden gegen die „Dotation“ wurden mit einmüthiger Begeisterung aufgenommen. Resolutionen zu fassen, erachtete man für überflüssig, weil die Gesinnung des Volks ohnehin deutlich genug zu Tag getreten war. Wir werden auf diese wichtige Demonstration zurückkommen. Für heute sei bloß noch erwähnt, daß das Parlament der Stimme des Volks kein Gehör schenkte, und seinen reaktionären Charakter durch Bewilligung der „Dotation“ bekundete. Quem deus perdere vult, dementat — wen Gott verderben will, den macht er unfähig, die Zeichen der Zeit zu erkennen. —

Mazzini hat in der „Roma del Popolo“ ein Manifest an die italienischen Arbeiter über die „Internationale“ losgelassen, welches vom Florenzer Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ sehr verständlich beurtheilt wird. Er schreibt unterm 21. Juli:

„Wie denn nun einmal Mazzini die Regel befolgt, alle politischen Angelegenheiten vom Standpunkte der Religion und der Nationalität, oder besser gesagt vom Standpunkt seines Deismus und italienischen Patriotismus aus zu beleuchten, so hat er auch in seinem neuesten Manifeste, in welchem er über die „Internationale“ sein Verdikt fällt, „Gott“ und „Vaterland“ zum Ausgangspunkte seiner Betrachtungen gemacht. Er schleudert gegen die „Internationale“ den Bannstrahl, weil sie die Verneinung Gottes und des nationalen Gedankens sei. Bezeichnend ist die Stelle des Schriftstücks, worin der italienische Agitator sich über Karl Marx ausspricht. Er heißt denselben einen Mann von großem Scharfsinn, aber ohne feste philosophische und religiöse Grundsätze. Diese letztere Anklage betrachtet Mazzini offenbar als die gravirendste. Im Verlaufe seiner Auseinandersetzungen verliert er sich in die bekannten theosophischen und theologischen Definitionen, an welchen die Schriften des mehr durch Feuer und Energie als durch Borurtheilslosigkeit ausgezeichneten Republikaners so überaus reich sind. Diejenigen, welche die gesellschaftlichen Verhältnisse besessen wollen, ohne den Herrgott mit ins Spiel zu ziehen, werden nicht minder angegriffen als die Pfaffen, welche die italienische Einheit bekämpfen. „Die drei einzigen denkbaren Quellen des Lebens“, so ruft Mazzini seinen Landsleuten aus dem Arbeiterstande zu, sind Gott, der Zufall und die physische Kraft (eine interessante Dreieinigkeit!). Berleugnet die erste von den dreien, — in wessen Namen werdet ihr dann das Recht der Erziehung fordern? In wessen Namen werdet ihr diejenigen verurtheilen, die sich aus Eigennutz von den Wegen des Guten abwenden? In wessen Namen werdet ihr gegen ungerechte Arbeitgeber protestiren und sie bekämpfen? Von wem leitet ihr dann das Vorhandensein eines Allen gemeinsamen

Die Vorbeeren der französischen (europäischen) Bourgeoisie haben die hiesigen Gesellschaftsretter nicht schlafen lassen. Vor-

Trohungen wurden von ihren Segnern ausgestoßen und es war ein öffentliches Geheimniß, daß Gegenproressionen Statt

Darob Entrüstung unter allen gutgesinnten Blättern. Die Drangemen gaben keine Antwort. — Es wurde ihnen eine weniger gefährliche, leicht zu schützende Marschlinie vorgeschlagen.

Eine Polizeimacht von 1500 Mann wurde in Bereitschaft gehalten und in passende Züge gebildet. Sie waren sämmtlich

In der achten Avenue, 29. Straße, d. h. in einer der dichtbevölkertsten, mit Tenementhäusern — großen Miethkasernen — besetzten Gegend der Stadt. Die

Eine unennbare Wuth bemächtigt sich der ordnungsbretten- den Helden und ohne Befehl feuern sie regellos in die Menge, in die Polizisten, in ihre eignen Reihen hinein.

Die Mannschaften des 6., 9. und 84. Regiments waren eine Zeitlang vollständig demoralisirt und ihre Glieder aufgelöst.

Die Mannschaften des 6., 9. und 84. Regiments waren eine Zeitlang vollständig demoralisirt und ihre Glieder aufgelöst. Ihr Feuer war ebenso wild als unbesonnen und ganz ohne Beschl.

beigehenden betrachtend, als ob es jeden Augenblick die Mutter erwarte, welche es in ihren Armen nach Hause trage. . . .

Aus dem „Evening Telegram“, 13. Juli: „ . . . Es ist besser, einen Schleier zu ziehen über das Kreuzfeuern, die Mißgriffe, das Zueinanderstießen und das muthwillige, leichtfertige

„Beschllossen: Daß das Feuern des 84. Regiments, am Nachmittag des 12. Juli 1871 auf die Polizeimacht dieses

„Beschllossen: Daß ihr jägelloses Feuern, welches das Leben der gefesslichen Bewahrer von Friede und Ordnung gefährdete,

Die Zeugnisse für die verbrecherische Muthwilligkeit und Bosheit der Milizen in Gebrauch ihrer Waffen sind überwältigend. Zur Erklärung

„Er (Präsident Smith) bedauerte, daß nicht eine größere Zahl getödtet sei! Er glaubte, daß in jeder großen Stadt eine solche Veltion alle Paar Jahre

Am Schluß von Leitartikeln sagt die „Tribune“ am 15. Juli: „Es ist kaum billig, den blutigen Charakter des Aufruhrs in

A. Goegg hat an die Redaktion des „Schwäbischen Mercur“ folgende Erklärung eingesandt: In der Hoffnung, daß Sie der Wahrheit die Ehre lassen

eine auf meine Person sich beziehende Stelle des in Nr. 170 Ihres Blattes vom 21. d. M. unter der Ueberschrift: „Die Commune und die Internationale“ erschienenen, den „Grenzböten“ entlehnten und von falschen Mittheilungen strotzenden Artikels zu berichtigen.

Die betreffende Stelle des mit denunziatorischer Tendenz geschriebenen Artikels, in welchem als durchlaufender rother Faden das Programm der hier vor 2 Jahren von dem Russen Bakunin gegründeten, aus wenigen Anhängern bestehenden und von der internationalen Arbeiterassoziation als Zweigverein durchaus nicht anerkannten „sozial-demokratischen Allianz“ mit dem Programm der nunmehr für alle Fehler der Regierungen und gesetzgebenden Körper mit wahrer Leidenschaft zum Sündenbock gestempelten Arbeiterassoziation verwechselt wird, sagt: „ich hätte zuerst vor einigen Jahren englische Arbeiter zum Eintritt in die fragliche Assoziation bewogen und sei einer der rührigsten Apostel der kommunistischen Revolution.“

Hierauf muß ich der Wahrheit gemäß erklären, daß ich bei meiner letzten Anwesenheit in England im Jahre 1868 ausschließlich Anhänger für die „internationale Friedens- und Freiheitsliga“ zu gewinnen gesucht habe, und daß ich bis zur Stunde seit 25 Jahren in Wort und Schrift für persönliche Freiheit oder individuelle Selbstständigkeit und Unabhängigkeit, d. h. Individualismus und nicht Communismus, auf politischem, intellektuellem, religiösem und ökonomischem oder sozialem Gebiete zu wirken bestrebt war, und zwar auf politischem Gebiete speziell und vor Allem für diese individuelle Selbstständigkeit dadurch, daß die Bürger unter der republikanischen Staatsform als einer absoluten Vorbedingung für die Erreichung alles Weiteren, in freier Wahl über die Gesetze, über Krieg und Frieden, über Land- und Bevölkerungsabzehrung u. entscheiden durch ihre selbstgewählten Vertreter, wie in den Gemeinden, auch das Land verwalten und in demselben das Recht ausüben lassen und nicht mehr zum Dienst in stehenden Heeren gezwungen werden können.

Auf dem intellektuellen Gebiete kann die Unabhängigkeit der Individuen nur dadurch gewahrt werden, daß Alle in ihrer Jugend aus Staatsmitteln, welche nach Aufhebung der stehenden Heere und nach der Trennung der Kirche vom Staate reichlich zur Verfügung sein werden, eine höhere allgemeine Bildung erlangen; denn der Unwissende fühlt sich gegenüber dem Gebildeten nicht selbstständig und läßt sich leicht als Werkzeug mißbrauchen.

Auf dem religiösen Gebiete ist für den Einzelnen nur dann die Selbstständigkeit garantiert, wenn nicht bloß die nachgerade allerwärts als notwendig erkannte Trennung der Kirche vom Staate und von der Schule ausgeführt, sondern auch von Staatswegen im Interesse der Gesamtheit den Eltern verboten wird, das unmündige, geistig noch unfreie Kind dieser oder jener Kirche zu überliefern oder im Aberglauben erziehen zu lassen. Ist das Kind geistig frei, d. h. dem Alter nach majorenn, dann kann es nach Belieben dieser oder jener Religionsfekte oder auch keiner bei freier Wahl beitreten. Das ist dann Selbstständigkeit und wahre Gewissensfreiheit auch in Sachen des Glaubens.

Auf dem ökonomischen oder sozialen Gebiete endlich ist das Individuum nur wirklich frei und selbstständig, wenn es im Besitze des Produkts seiner Arbeit bleibt, d. h. über dasselbe zu seinem eignen Vortheil verfügen kann. Dies ist noch bei einigen, von großen, mit Maschinen arbeitenden Fabriken noch nicht erdrückten Handwerken und bezüglich des Ackerbaues in den Ländern der Fall, wo, wie in der Schweiz und einem Theil von Deutschland und Frankreich, noch eine ziemlich große Besitzthümlichkeit des Grundeigentums\*) existirt. Wo aber — und dies wird tagtäglich mehr zur Regel — die überhandnehmenden Fabriken den Arbeiter in diesem oder jenem Gewerbe an der fröhlichen, vor Einführung der Dampf- und anderer Maschinen stets möglichen selbstständigen Etablierung verhindern und zeitweilig zur Lohnarbeit und schließlich in seinem arbeitsfähigen Alter zum Bettler verdammen und wo, wie z. B. in England, der Grund und Boden des ganzen Landes sogar einschließlich desjenigen Theiles, auf welchem die Häuser der Städte und Dörfer stehen, in den Händen von nur 30,000 Eigentümern sich befindet, während die vielen Millionen, welche in Schweiß ihres Angesichts für einen larmg ausreichenden Tagelohn diesen Boden ertragsfähig machen, es in ihrem ganzen Leben nicht zum Besitze eines sie ernährenden Grundstückes bringen können, da ist dann beim Bauer keine Selbstständigkeit mehr, da ist einfach weiße Sklaverei, wie es früher eine schwarze in Amerika gegeben hat.

Zur Abhilfe der sich täglich mehrenden üblen sozialen Folgen der Fabrikarbeit befürwortet man nachgerade in allen aufgeschätzten Kreisen statt der Lohnarbeit das Cooperativsystem, welches schon in einzelnen englischen Fabrikdistrikten und namentlich in Amerika bei großer Ausdehnung mit dem günstigsten Erfolge eingeführt ist.

Was zunächst die englischen Grundeigentumsmissstände betrifft, die mit der Zeit auch in Deutschland, Frankreich u. bei dem allmählichen Verschwinden des durch Wucher, Steuern und die Konkurrenz der vortheilhafteren Großkultur erdrückten Kleinbauers sich einbürgern können, erklärte sich der Baseler Arbeiterkongress im Prinzip gegen Entschädigung für Umwandlung des Grund und Bodens in Collectiv- oder Staats-eigentum, damit sämtliche Landbebauer, in kooperativer Genossenschaft organisiert, gegen eine mäßige, an den Staat zu entrichtende Grundsteuer oder einen Pachtzins die Vortheile der Großkultur genießen, zu Vermögen kommen können und unabhängige Menschen werden. Hierfür sind schon weitersichende englische Staatsmänner; und selbst der berühmte Rechtsgelehrte und ehemalige preussische Staatsminister von Savigny, der doch nirgends für einen Kommunisten verschrien worden, erklärte eine solche Maßregel unter Umständen als eine gute und berechnete. Daß auch der Baseler Arbeiterkongress, an welchem ich mich betheiligte, diese von ihm befürwortete Maßregel nicht im kommunistischen Sinn\*\*), eben so wenig wie ich,

aufgefaßt hat, geht schon daraus hervor, daß er den von Bakunin unterstützten Antrag auf Abschaffung des Erbrechts in directer Form verworfen hat.

Nein, verehrtester Herr Redakteur, ich bin, gleich dem größten Theil der Mitglieder der internationalen Arbeiterassoziation, kein Kommunist, sondern im Gegentheil für die größtmögliche Selbstständigkeit der Person auf geistigem und materiellem Gebiete, d. h. für den Individualismus, soweit derselbe nicht in Collision mit dem Gesamtinteresse, d. h. mit dem Staate kommt, der das Wohl Aller im Auge haben und fördern muß.

Mit einem Worte, die Einzelnen im Staate müssen wie die Völker unter sich, bei aller Wahrung ihrer Selbstständigkeit und ihrer Rechte sich auch Pflichten unterziehen und sich für das Gemeinwohl solidarisch unter einander verbunden halten, denn nur auf diese Weise wird ein Volk wie die gesamte Menschheit zur höheren Entwicklung und ein Jeder zu einem menschenwürdigen glücklichen Dasein gelangen.

Mit dem Wunsche, daß auch die Redaktionen, welche den betreffenden Artikel der „Grenzböten“ gebracht, diese meine Antwort veröffentlichen, zeichnet hochachtungsvoll Genf, den 25. Juli 1871. Amand Goegg.

Wien, 31. Juli. Eine große Massenversammlung der Wiener Sozialdemokraten nahm heute folgende Resolutionen an.

1. Die Arbeiterpartei verwahrt sich gegen die ihr von einem Theile der Presse unterschobene Absicht, durch die Resolution vom 27. Februar 1871 dem Ministerium Hohenwart ein Vertrauensvotum gegeben zu haben. Sie hat nur die dermalige Regierung, gleichwie die früheren aufgefordert, wenigstens ihre, schon im jetzigen Staate realisierbaren Forderungen zu berücksichtigen und hieron ausdrücklich ihre Stellung zur Regierung abhängig gemacht. Heute befindet sie sich in der entschiedensten Opposition gegen die Regierung, denn diese hat die üblichen Maßregelungen der Arbeiter und ihrer Vertrauensmänner nur noch im vergrößertem Maßstabe betrieben und durch offene Parteinahme für die unternational-föderalistischer Fahne kämpfenden Feudal-klerikalen, die freihändlerische Entwicklung und die Interessen der bürgerlichen Gesellschaft in einer Weise bedroht, welche auch die sich vor dem Sozialismus betreuenden Liberalen veranlassen sollte, mindestens zum Zwecke der Bekämpfung des gemeinsamen Feindes, sich der Arbeiterpartei anzuschließen.

2. Zur Frage über eine formelle Allianz zwischen den Deutschliberalen und der Arbeiterpartei, erklärt dieselbe, daß sie unter keinen Umständen von ihrem Programme abweichen kann, daß sie also auch an der Forderung des allgemeinen directen Wahlrechtes, welches bei vollkommener Pressefreiheit und freiem Vereins- und Versammlungsrechte selbst in einem so zurückgebliebenen Staatswesen, wie Oesterreich, der freihändlerischen Entwicklung nur nützen kann, festhält, daß sie aber alle in dieser Richtung liegenden Konzeptionen, wie die Arbeiterkammern, bis auf Weiteres ablehnt.

3. Die Arbeiterpartei verwirft ihren Grundsätzen gemäß jenen Föderalismus, wie er derzeit in Oesterreich von der staatlichen und kirchlichen Reaktion im Interesse der Erhaltung der Ueberreste des Mittelalters angestrebt wird.

4. Den jenseitigen Kämpfen der nationalen Parteien gegenüber, hat die Arbeiterpartei in Oesterreich lediglich die Aufgabe, durch Aufklärung der Massen und durch Verbreitung politischer Bildung, durch unaufhörlichen Kampf gegen die brutale Gewalt, die Korruption und die stiftliche Fäulnis einen Faktor zu schaffen, der, klar über seine politischen und sozialen Ziele, zugleich stark genug ist, die ihrem Ende nahenden nationalen Kämpfe durch rechtzeitig eingreifende zu Gunsten der Demokratie zu entscheiden.

5. Die Arbeiterpartei, welche, als sie zuerst den umfassendsten Gebrauch von dem Vereins- und Versammlungsrechte machte, glücklicherweise keine Partei vorfand, die durch eine Art von Scheinliberalismus das instinktiv richtige und gesunde Urtheil der Massen hätte irreleiten können, war daher stets bestrebt, der Sammelpunkt aller freisinnigen Elemente zu werden, und sie fordert wiederholt alle Freidentenden auf, sich mit ihr zu vereinigen. Sie allein will in Wahrheit gleiches Recht für Alle und ihre Interessen fallen zusammen mit den Kulturinteressen der Gesamtheit. Sie will nicht, wie die jetzt herrschenden Politiker, die älteren Erscheinungen der Staatskrankheiten heilen, sondern diese selbst durch eine Umgestaltung der heutigen Produktions-Verhältnisse auf dem Wege der freien individuellen Assoziation, gefördert durch den Staat. Sie kämpft nicht allein für das industrielle Proletariat, sondern für jene 90 Prozent der Bevölkerung, welche nach den statistischen Ausweisen aller Länder in Nothdurft leben. Sie kämpft für den industriellen Arbeiter, für den bäuerlichen Tagelöhner, für den von Schulden gedrückten Kleingewerbetreibenden und Beamten, für den hungernden Lehrer und Künstler, für den ehrlichen Schriftsteller, für Alle, welche kein menschenwürdiges Dasein führen. Als Avantgarde aller jener Armen und Elenden streitet heute zunächst für die Verbesserung seiner Lage der industrielle Arbeiter. Ist dieses Ziel erreicht, so folgt daraus mit Naturnothwendigkeit auch die Verbesserung der Lage der bäuerlichen und geistigen Arbeiter.

6. Im Hinblick auf die auswärtige politische Lage begrüßt die Arbeiterpartei in Oesterreich mit Freuden den Sturz der weltlichen Herrschaft des Papstes. Sie erblickt in der Vollendung der deutschen Einheit einen bedeutenden Fortschritt für die große internationale soziale Bewegung. Sie bedauert aber, daß die deutsche Demokratie noch nicht in der Lage war, die deutschen Staaten auf freier Basis und ohne Fürsten zu einigen, und daß die sogenannten Nationalliberalen sich bedingungslos dem kaiserlichen Militarismus in die Arme geworfen haben.

7. Schließlich spricht die österreichische Arbeiterpartei ihren Abscheu aus gegen die im Namen und auf das Geheiß der Versailler Regierung durch ausgehete, von bonapartistischen Staatsplünderern befehligte Truppen in Paris verübte Massen-

morde, Brandstiftungen und sonstige Schandthaten. Sie hofft, daß trotz momentaner Niederlagen es der Demokratie aller Länder dennoch bald gelingen werde, den Staat der Arbeit, der Freiheit und des Friedens zu begründen.

(Anknüpfend an Resolution 6 schreibt der bekannte Wiener Gamma-Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“:

„Während die Resolution Oesterreich ein sehr zurückgebliebenes Staatswesen nennt, wird die „Vollendung der deutschen Einheit“ als ein „bedeutender Fortschritt für die große soziale Bewegung“ bezeichnet. Diese Auffassung der jüngsten geschichtlichen Entwicklung constatirt einen Gegensatz zu den Sozialdemokraten in Sachsen, und sie enthält wohl auch den Grund, welcher die österreichische Sozialdemokratie bestimmte, an dem sozial-demokratischen Kongresse, welcher in der Mitte dieses Monats in Dresden stattfinden soll, nicht theilzunehmen.“

Es ist nicht das erste Mal, daß es dem Hrn. Gamma-Korrespondenten gelungen ist, Differenzen zwischen den Oesterreichischen und den „Sächsischen“ Sozialdemokraten zu entdecken. Allein auch diesmal sind wir gezwungen, ihm die Freude einigermaßen zu verderben. Abgesehen von der sprachlichen Ungenauigkeit, von „Vollendung“ der weder geographisch noch politisch fertigen „Deutschen Einheit“ zu reden, „konstatirt“ der betreffende Passus durchaus nicht „einen Gegensatz zu den Sozialdemokraten in Sachsen.“ Auch letztere betrachten den durch die Bismarck'sche Revolution von oben bewirkten Zusammenbruch des Legitimitätsprinzips in Deutschland, und des monarchischen Staatensystems in Europa, als einen „bedeutenden Fortschritt für die soziale Entwicklung“ — obgleich jedenfalls in sehr verschiedenem Sinn wie der Herr Gamma-Korrespondent. Was nun zum Schluß die Nichtbetheiligung der Oesterreichischen Parteigenossen am Dresdener Kongress angeht, so scheint der freundliche Herr, der doch für die Sünden der österreichischen Polizeiwirtschaft sonst ein recht scharfes Auge hat, den Wiener Hochverratsprozess und den Tod des armen Moser, der für seine Theilnahme am Stuttgarter Kongress „troden guillotiniert“ wurde, gänzlich vergessen zu haben.

D. R. d. B.

### Ein Gewerkschaftsorgan.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die nächste Aufgabe der Gewerkschaften eine kräftige Agitation sowohl zur Ausbreitung derselben, als auch zur Kräftigung und Befestigung des Prinzips im Innern sein muß. Daß beides auf dem seitlich eingeschlagenen Wege und mit den bislang angewandten Mitteln nicht in dem Maße erreicht wird, als dies notwendig, kann nicht bestritten werden. — Nach reiflichem Nachdenken und Prüfen bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß es absolut notwendig ist, daß ein Gewerkschaftsorgan geschaffen wird, welches den Stützpunkt der Agitation nach beiden Richtungen hin bildet.

Ein solches Organ aber, welches vollständig diesen Zweck erfüllen soll, muß nicht nur, weil es die inneren Gewerkschaftsangelegenheiten zur allgemeinen Kunde bringt, von allen Mitgliedern gelesen werden, nein, es muß auch durch Erörterung prinzipieller Fragen auf sozialem Gebiete das Bewußtsein der Mitglieder kräftigen und die Erkenntnis der Klassenlage fördern und somit Bahnbrecher der Gewerkschaftsbewegung überhaupt sein.

Früher schon wurde von einzelnen Gewerkschaften (Metall- und Holzarbeitern) durch monatlich erscheinende Circulare nach diesem Ziele hingearbeitet. Leider mußte zum großen Nachtheile dieser Gewerkschaften, theilweise aus Sparmaßregeln, theilweise auch, weil ein Theil der Mitglieder befürchtete, durch diese Circulare dem „Volksstaat“ unliebsame Konkurrenz zu machen, diese Maßregel wieder aufgehoben werden.

Neuerdings ist nun in der Gewerkschaft der Holzarbeiter eine andere Meinung zu Tage getreten, indem beschlossen wurde, die Monats-Circulare wieder einzuführen. Doch dies wäre nur eine neue Gewerkschaft, und bei der augenblicklich geringen Mitgliederzahl fast aller Gewerkschaften dürfte es wohl mehr als fraglich sein, ob eine solche Einrichtung überall durchführbar ist.

Anderer freilich liegt die Sache, wenn sämtliche Gewerkschaften zu einem solchen Unternehmen sich vereinten, und die von mir befürwortete Gründung einer Union würde eine solche Vereinbarung und noch manche andere, für die Agitation und für die Ausbreitung der Gewerkschaften wichtigen Einrichtungen möglich machen.

Doch zunächst das Eine, ein Organ.

Und hier komme ich darauf zurück, was ich bereits schon einmal angedeutet habe, nämlich, daß bei einem einheitlichen Zusammenwirken aller Gewerkschaften dieses Gewerkschaftsorgan allen Mitgliedern kostenlos geliefert werden könnte. Ich sage allen Mitgliedern, womit ausgesprochen sein soll, daß ein Anrecht darauf nur solche haben, die ihre Gewerkschaftsbeiträge, und mit denselben das Organ bezahlen.

Eine sehr einfache Rechnung wird die Wichtigkeit des Befagten nachweisen. Unter gewissen Voraussetzungen, die hier auszuführen nicht erst nöthig, und die die Ausführung der gemachten Proposition in keiner Weise beeinträchtigen, läßt sich ein Organ in einer Auflage von 4000 Exemplaren, die erforderlich sind, und ca. halb so groß als der „Volksstaat“, jede Nummer für 13 Thaler herstellen. Dies macht jährlich, wenn es alle 14 Tage einmal erscheint, 338 Thaler, pro 100 Exemplare 8 $\frac{1}{2}$  Thaler das Jahr. Eine Gewerkschaft, die 500 Mitglieder zählt, hätte somit für ein alle 14 Tage jedem Mitglied zugehendes Blatt jährlich 42 $\frac{1}{2}$  Thaler zu entrichten. Nun wäre noch anzugeben, auf welche Weise ein solcher Beitrag aufzubringen ist, ohne daß die Hauptmassen der Gewerkschaften zu sehr in Anspruch genommen werden, und auch die Mitglieder nicht mehr als seitlich bezahlen.

In jeder Gewerkschaft schießt ja bekanntlich eine naturartig bestimmte Quote der Einnahmen von jedem Orte in die Hauptkasse, während der andere Theil als Ortsausgabe verrechnet wird, oder auch als Kassenbestand am Orte bleibt. Wenn nun in jeder Gewerkschaft durchgehend wird (was gar keine Schwierigkeit haben kann), daß die an die Hauptkasse einzuführende Summe um  $\frac{1}{4}$  bis 1 Gr. pro Mitglied und zwar alle Quartale (wo ja immer Abrechnung der Mitgliedschaften mit der Hauptkasse stattfindet) erhöht wird, so ist nicht nur der Betrag, sondern auch das Porto für Ueberbringung der Blätter durch die Central-Verwaltung an die Bevollmächtigten gedeckt. Ich halte diese Einrichtung für viel praktischer, als es früher mit den Circularen der Fall war, die von den Bevollmächtigten nummerweise verkauft wurden.

Uebrigens steht dem Einzelverkauf an Nichtmitglieder, sowie der Eröffnung eines Postabonnements, ja auch nichts entgegen, und meine ich, daß sehr bald die Auflage von 4000 überschritten sein wird.

Eine aus Delegirten jeder Gewerkschaft zusammengesetzte Redaktionskommission würde zu entscheiden haben über Aufnahme von Artikeln u.

Ob sich das wird machen lassen? — Ich wüßte nicht, was dem entgegenstehen sollte, unsere ganze Gewerkschaftsorganisation hätte gar keinen Werth, wenn wir nicht im Stande sein sollten, etwas, was wir für notwendig und nützlich befunden, auch durchzuführen.

Ob aber ein solches Organ für die Gewerkschaften notwendig und nützlich? Nun, ich bin neugierig, zu hören, welche Gründe dagegen geltend gemacht werden.

Th. Jord.

\*) Die Zerstückelung des Bodens, wenn bis zu einem gewissen Grad geübt, den sie bei Nichtentwässerung des Staats überall erreichen muß, macht eine menschenwürdige Existenz des Bodenbauers ebenso unmöglich als der Großgrundbesitz. Die französischen Parzellenbauern haben schon jetzt zum Theil nichts vor den englischen Landtagsbauern voraus, und werden, legt sich der Staat nicht ins Mittel, in ihrer Gesamtheit auf dieselbe Stufe des Elends herabstufen. D. R.

welchem Sinn jedoch beiläufig der Kommunismus unseres Wissens von keinem einzigen Kommunisten aufgefaßt wird. Noch sei bemerkt, daß die von Goegg gemachte Unterscheidung zwischen Kommunismus und Individualismus eine rein willkürliche ist. Der wirkliche Kommunismus zerstört die Individualitäten nicht nur nicht, sondern ermöglicht im Gegentheil erst ihre Entfaltung; während der wirkliche Individualismus, den Goegg mit uns bekämpft, (obgleich er am Namen festhält) die Persönlichkeit der Individuen zum Vortheil einer winzigen Minorität vernichtet oder verkrüppelt.

D. R. d. B.

### Fortsetzung von Seite 1.

Ziele ab, das auch die Berechtigung giebt, zu sagen: Wir wollen und müssen Alle Brüder sein und uns vereinen, dieses Ziel zu erreichen?" — Mazzini scheint zu vergessen, daß mit derselben Zauberformel „Gott“, welche er anwendet, zum mindesten eben so viel Schlimmes als Gutes geschaffen worden ist. Und wenn er der Demokratie die Rationalität als ein zweites absolutes Prinzip octroyiert, an das sie glauben soll wie an seinen neben dem Zufall und der Kraft existierenden Gott, so fehlt er in theoretischer sowohl wie in praktischer Hinsicht; in theoretischer, weil der nationale Staat und der Rechtsstaat (das Ziel der Demokratie) keineswegs congruente (sich deckende) Begriffe sind; in praktischer, weil eine bloß nationale Demokratie gegen die internationale Reaktion — denn die Reaktion war immer und ist auch heute noch international, so sehr sie den bösen Schein dieses Namens meidet — aufzukommen nicht im Stande ist.

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß Mazzini, der jetzt der traurigen Ehre genießt, von der Bourgeoispreffe als Haupt-„Mörder“ gegen die aus der Art geschlagenen „Rothén“ der Internationalen ins Feld geführt zu werden, sein ganzes Leben lang ein Feind der Sozialisten gewesen, und auf die internationale Arbeiterassoziation insbesondere schon deshalb nicht gut zu sprechen ist, weil er mit einem Versuch, sich derselben gleich nach der Gründung zu bemächtigen, kein Glück gehabt hat. (Worüber das Nähere in Eichhoff's Broschüre zu finden). **Hinc irae.\***

### Arbeiter-Angelegenheiten.

**Barmen, 6. August.** Außer den Metallarbeitern, Riemendrehern und Bandwirtern, haben nun auch schon die Eisengarnlustrierer, Färber, Buchbinder und Wollstoffweber Versammlungen abgehalten. Hauptzweck der Versammlungen ist: Erlangung kürzerer Arbeitszeit. Vorknappung wird auch bei den meisten Gewerben, aber nicht bei allen verlangt. Sämtliche Gewerke stehen in Verbindung mit einem Centralomitee, welches in sämtlichen im Wuppertal befindlichen Fabriken und größeren Vertikalen Sammelbüros für die Streikenden gegeben hat. Es kommen auf diese Weise hübsche Summen zusammen. In einer Knopffabrik z. B. wöchentlich 14 Tlir. Das Centralomitee verfährt über die Weiber und bestimmt, in welchen Establishments im Interesse eines ganzen Gewerkes gestrikt werden soll. Die Arbeit ist nun in verschiedenen Fabriken: Bandfabriken, Riemendrehereien, (für auswärtig: Eisenfabriken) Eisengarnfabriken eingestellt. Die Maschinenfabrikanten Bemer & Co. kündigten den bei ihnen beschäftigten Mitgliedern des Komitees der Metallarbeiter; daraus legten sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder. Herr Bemer wollte nun die eiligen Sachen bei seinem bedeutendsten Konkurrenten, Herrn Köttgen, anfertigen lassen. Sämtliche Arbeiter in der Köttgen'schen Fabrik, welche Lunte gerochen hatten, weigerten sich jedoch, diese Arbeit auszuführen und legten die Arbeit auch nieder. Inzwischen haben die andern Fabrikanten ihre Drohung ausgeführt und allen Metallarbeitern gefündigt.

Die Metallarbeiter haben gute Aussicht, mit ihren Forderungen durchzukommen, da die Fabrikanten ihre Lieferungsanträge halten müssen; die übrigen Industriezweige sind hier im Thal lokalisiert, d. h. die ganze Erde wird mit Wuppertalser Eisen und Bändern versorgt. Diese eigentlichen Wuppertalser Artikel haben keine nennenswerte Konkurrenz. Dennoch haben Riemendrehern und Bandwirter bei geschickter Operation auch gute Aussichten. **Die Metallarbeiter wünschen die Adresse des Vorstandes der internationalen Metallarbeiter zu wissen\*\***, da sie auf Anpöcherung eines Mitgliedes unserer Partei sich derselben anschließen wollen. Noch immer finden große Volksversammlungen statt, in welchen die sozialdemokratische Idee Tausende von Anhängern findet. Wir sind immer auf dem Platz **Berlin.** In der am 31. Juli stattgehabten allgemeinen Versammlung der 21. Section, die von circa 4000 Personen besucht war, wurde über die Beschlüsse der Delegiertenversammlung weiter verhandelt und nach längeren Debatten, in denen vor Allem zur Einigkeit aufgefordert und die Forderungen (25 Prozent Lohnherabsetzung und 9 1/2 stündige Arbeitszeit) als gerechtfertigt hingestellt wurden, folgender in der letzten Versammlung bereits angenommenen Resolution noch einmal einstimmig zugestimmt: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit dem Beschlusse der letzten Delegierten-Versammlung einverstanden, verpflichtet sich, mit allen Kräften deren Bewirkung anzustreben und Ende August oder Anfang September die Arbeit einzustellen, falls die 25 Prozent Lohnzuschlag bei Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit zurückgewiesen werden sollten.“

Der Berliner Maurerstreik hat durch das Hinzutreten der Steinträger und Bager noch größere Ausdehnung gewonnen und sowohl durch die moralische Unterstützung der Polizei als durch die materielle des Buchdruckervereins verstärkten Halt bekommen. Der „Neue Sozialdemokrat“ schreibt: „Wie es scheint, ist eine zu Gunsten der streikenden Maurer ausfallende Einigung und damit der Sieg der Anführer nahe bevorstehend. Doch müssen die Sammlungen und der Bezug streng zurückgehalten werden.“ — Der Streikkomiteevorsitzende Lange ist noch immer in Haft, obgleich sich keinerlei Beweise für das ihm untergeschobene Vergehen auffinden lassen. Für uns unterliegt es keinem Zweifel, daß Lange das direkte oder indirekte Opfer der Denunziation eines der bekannten Spione ist, welche man ungestört in den Maurerbesammlungen halden läßt, und auf die wir bereits zu wiederholten Malen aufmerksam gemacht haben.

**Leipzig.** Der „Neue Sozialdemokrat“ hat aus Anlaß der in Nr. 6. d. Bl. mitgetheilten Resolution der Dresdener Maurer hinsichtlich des Berliner Streikes die übliche Kampfweise gegen unsere Partei wieder aufgenommen und in seinen letzten drei Nummern (14, 15 und 16) umfangreiche Schmähartikel gegen dieselbe sowie insbesondere gegen Liebknecht, welcher „auf Seiten der Berliner Bourgeoisie gegen die Maurer steht“, gedruckt. Die gegnerischen Blätter, welche auf Grund dieser Artikel freudig meideten, daß unter den Sozialdemokraten der alte Fader losgedröhen worden sei, haben sich jebeifalls geäußert. Wir werden mit den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in Frieden leben und, wenn wir einmal, vom „Neuen Sozialdemokrat“ herausgefordert, gegen diesen ins Feld ziehen, wohl zu unterscheiden wissen zwischen den Vereinsmitgliedern und einigen Vereinsleitern und Redakteuren. Zur vorliegenden Streikfrage selbst sei folgender Brief mitgetheilt, welchen Li bruchet unterm 4. August an die „Volkszeitung“ (siehe Nr. 182 derselben) gerichtet hat: „In Ihrer heutigen Nummer sagen Sie, ich „billige das Verhalten im Berliner Maurerstreik nicht durchaus.“ Dies ist unrichtig; nicht nur „billige“ ich den Berliner Maurerstreik, „durchaus“, sondern ich theure auch, was in meinen Kräften steht, um ihm zum Sieg zu verhelfen. Die Resolution der Dresdener Maurer, deren Abdruck im „Volksstaat“ den Vorwand zu dem, Ihrer Notiz zu Grund liegenden Artikel des „Neuen Sozialdemokrat“ gab, wurde von meinem Mitredakteur, Herrn Heyner, einem Dresdener Blatt („Volksbote“) entnommen, und mir erst aus den Spalten des „Volksstaat“ bekannt. Ich kann nur bedauern, daß diese Resolution gefälscht wurde, denn, obgleich bloß für Dresden bestimmt und gegen einen für Dresden ins Auge gefaßten Streik gerichtet, ist sie doch bei den obwaltenden Verhältnissen mindestens sehr unzeitgemäß.“

Nach der bisherigen Taktik des „Neuen Sozialdemokrat“ ist nicht zu erwarten, daß derselbe von obigem Schreiben Notiz nehmen wird. In der Nummer 16 berücksichtigt er zwar eine ihm zugegangene Erklärung des Vorsitzenden jener Dresdener Maurerversammlung und der Redaktion des „Dresdener Volksboten“, dahingehend, daß keinerlei böser Wille gegen die streikenden Maurer Berlins bei jener Beschlusfassung obgewaltet habe, trotzdem aber bleibt er dabei: „Herr Liebknecht

hat im vollen Bewußtsein und aus daß gegen die Schöpfung Lassalle's, den Allg. deutschen Arbeiterverein, der Bourgeoisie eine Waffe gegen die Berliner kämpfenden Arbeiter in die Hand gedrückt.“ — notabene durch den bloßen Abdruck jener Resolution aus dem „Volksbote“, welche nach der ursprünglichen Behauptung des „Neuen Sozialdemokrat“ auf Liebknecht's „Vestierung“ gefaßt worden war. Daß wir sofort den „Kursus“ der Streikenden, nachdem er uns zugekommen, abgedruckt und den Maurerstreik gleich allen andern Streikes in unserm Blatte behandeln, — wie wir denn überhaupt die Streikes alle gleich behandeln, mögen sie ausgehen, von welcher Seite sie wollen — das verschweigt der „Neue Sozialdemokrat“ seinen Lesern wohlweislich, wie er überhaupt, gleich seinem Vorgänger, um den Namen unseres Blattes herumgeht, wie die Kage um den heißen Brei, und stets statt „Volksstaat“, das „Blatt des Herrn Liebknecht“ sagt, um seinen Lesern den Namen unseres Blattes zu verschweigen. Die Berliner Maurer aber, welche der „Neue Sozialdemokrat“ aus ihm selbst am besten bekannten Motiven gegen uns aufzuheben sucht, bitten wir, sich die Frage vorzulegen, ob es in ihrem Interesse gehandelt ist, in einem Moment, wo sie der Unterstützung aller Arbeiter so dringend bedürftig, einen Streit mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei vom Zaun brechen zu wollen? Und ferner bitten wir die Berliner Maurer darüber nachzudenken, wenn solche Streitigkeiten nützen. Den Arbeitern und der Sozialdemokratie genügt nicht.

**Hamburg.** Zur Berliner Maurerstreik-Frage. Die Dresdener Resolution, als Ursache des Schweizer'schen Heft-Artikels, mag taktlos genannt werden, ich will das nicht bestreiten; jedenfalls war dieselbe überflüssig. Doch war sie viel zu unschuldiger Natur, als daß die Stellung der Berliner Maurer gegenüber den Arbeitsherrn auch nur im allergeringsten dadurch alterirt worden wäre. Mit Einem Worte: die Resolution war mehr naiv als böswillig. Dem gegenüber wollen wir doch einmal an die Handlungsweise Schweizer's erinnern, denn es ist nothwendig, daß die raffinierte Niederträchtigkeit und Bosheit dieses von ihm selbst geschriebenen Artikels recht klar hervortrete.

Also Schweizer, der die „Dresdener Resolution“ als eine Majestätsbeleidigung der 8000 streikenden Berliner Maurer denunzierte, — was that er, als voriges Jahr 8000 Bergleute in Waldenburg die Arbeit eingestellt hatten? Schweizer ließ nicht etwa bloß eine Resolution fassen, daß der Strike zur Zeit nutzlos sei, o nein, sein Kamulus Lübkert mußte sogar noch den Kohlen-Gruben-Arbeitern höhnen den Rath geben, sie hätten statt im Winter, im Sommer (wo so wie so diese Arbeiter entbehrlicher sind) die Arbeit einstellen sollen, weil sie dann hätten Landarbeit verrichten können. Schweizer ließ nicht nur dies in seinem Blatte veröffentlichen, ohne eine Verichtigung dabei zu geben, sondern forderte in seinem Blatte damals die Arbeiter geradezu auf, die Waldenburger nicht zu unterstützen, weil sie nicht in ihrem Verein wären, richtiger wäre wohl die Lesart, weil die Unterstützungsgelder für dieselben nicht durch seine Finger gingen.

Ferner: Als die Landarbeiter in Bremen die Arbeit eingestellt hatten und von unserer Seite unterstützt wurden, ward diese Unterstützung höhnisch zurückgewiesen. Der Edel v. Schweizer hatte kein Wort des Tadel's dafür in seinem Blatte.

Ferner: Vor kurzer Zeit hielten Gigarrenarbeiter in Otensee eine Versammlung ab, um Gelder zur Unterstützung der streikenden Hanauer Kollegen zu sammeln. Die Anhänger des Schweizer'schen Unterstützungsverbandes, einen Herrn Winter an der Spitze, sorgten dafür, daß dies nicht geschehen konnte. Gesammelt wurde zwar, das Geld aber nicht den streikenden Arbeitern überwiesen, sondern für Schweizer's Blatt bestimmt, und der Herr Baron hat dies durchaus nicht mißbilligt.

Wenn auch alle dem die Arbeiter, die nicht auf den Berliner Doktor Schweizer und sein Blatt schanden, sich dem Berliner Strike, der durch Schweizer und sein Blatt diskreditirt wird, gegenüber mehr passiv verhalten, so werden wohl selbst die Berliner Maurer dies begreifen.

Es sind doch eben auch nur Menschen, und darum eher zum Wiedererschlagen geneigt, als dazu, nach einem empfangenen Wadenstreiche, auch den andern Waden darzubieten. Und dennoch, es ist nothwendig, dies zu konstatiren, sind Arbeitseinstellungen, die von jener Seite ins Werk gesetzt werden, von uns regelmäßig unterstützt worden, während Fälle entgegengelegter Art mir nicht bekannt sind, — ein Beweis für die Hegeleien durch den Hrn. Schweizer und sein Blatt.

Die Berliner Maurer haben es Herrn Schweizer zu danken, wenn andere Arbeiter-Kreise diese Hegeleien endlich aufhören und nun nicht so ephemerlich für sie eintraten, als es wohl sonst der Fall gewesen wäre. Was den betreffenden Artikel noch besonders bemerkenswerth macht, ist: daß Schweizer, der den Strike verloren giebt, um doch wenigstens etwas für sich dabei herauszuschlagen die Erbitterung der Betroffenen in echt jesuitischer Weise, durch Verhetzung gegen andere Arbeiter, von sich abzuleiten sich bemüht.

**Hamburg, d. 31. Juli.** Zur Gewerkschaftsfrage. Erweiterung auf den Artikel von Järber in Nr. 60 dieses Blattes.

Genannter Auffatz nöthigt mich zu einer Fortsetzung der Diskussion, und obwohl die Ueberlegenheit des Gegners in Führung der Feder erkennend, bin ich auch jetzt noch nicht „abgeschreckt“, die durch ihn so benannte „unklare, prinzipwidrige, ungewöhnliche Forderung“ des Hinwirkens auf Errichtung gemeinsamer Produktiv-Gesellschaften, unter den gegenwärtig möglichen Verhältnissen, zu bekräftigen.

Einerseits der § 7 des Statuts der Internationalen Arbeiter-Assoziation, andererseits der Stuttgarter Kongreßbeschlus, steht gegenüber den von Herrn Järber zitierten Stellen aus Marx, sowie die Mehrheit der leitenden und beratenden Parteimitglieder; die Gegner befinden sich in einer Sackgasse; sollte nun die Erkenntnis dieser Sachlage Herrn Järber nicht „aberschrecken“, sich ferner gegen diese Angelegenheit (die Entwidlung der Gewerkschaften in produktiver Richtung) abweichend zu verhalten?

Der mit feldgedruckter Schrift zitierte Stelle aus dem Marx'schen Werk ist der genannte § 7. „Die verschiedenen Branchen und Sektionen sollen an den Orten ihres Domizils und so weit ihr Einfluß reicht, die Initiative nicht allein in Bezug auf allgemeine fortschrittliche Verbesserung des öffentlichen Lebens, sondern auch in Bezug auf die Gründung von Produktiv-Assoziationen und anderen, der Arbeiterklasse nützlichen Einrichtungen ergreifen. Der Generalrat soll sie in jeder nur möglichen Weise unterstützen,“ gegenüber zu stellen. Dem aus Lassalle's Schriften gezogenen Citat ist gegenüberzustellen, daß Lassalle in seinen Schriften die stehigen Produktiv-Assoziationen für die Pioniere der zukünftigen allgemeinen anerkannt hat. Dies ist wohl genügendes Gegengewicht, um die von Herrn Järber zitierten Bedenken zu heben.

Der Stuttgarter Kongreßbeschlus ist die konsequente Folge des oben genannten Statut § 7. Was heißt es nun, diesen Beschlus für nicht bindend zu erklären, weil er keiner Urabstimmung unterliegt ist? Es wäre damit wohl die gesammte bisherige theoretische Arbeit der gesammten Partei auf den Nullpunkt gesetzt, und das wird der Partei doch Niemand zumuthen.

Nügen die Gegner das Internationale Central-Statut der Sektionsgruppe deutscher Sprache ansehen, wo in § 6 bis § 10 speziell das hier streitige Thema behandelt wird, und sie werden sehen, daß sie nicht nur gegen eine von der Partei bereits festgestellte Theorie, sondern gegen eine stehende Partei-Institution ankämpfen, und wohlbedacht ist die Forderung an alle Parteigenossen, solchen praktischen sozialen Institutionen nicht hemmend in den Weg zu treten (das werden unsere Gegner wie auch dem politischen, so auch auf dem sozialen zur Genüge thun), sondern dieselben nach Kräften zu fördern.

In Wirklichkeit steht das prinzipielle Nützliche und Zweckmäßige der Produktiv-Assoziationen innerhalb unserer Partei gar nicht mehr zur Diskussion, weil sie eben schon thatsächliche Partei-Institutionen sind, und somit ist jede Diskussion darüber pure Zeitverschwendung. Und liegt jetzt die Frage vor: Wie nehmen wir diese Angelegenheit am praktischsten in Angriff; hierauf sind denn auch meine früheren Auslassungen im „Volksstaat“, wie der Antrag zum Kongreß, gerichtet.

Wasdem Herr Järber die Frage gestellt: „Was sollen die zu gründenden Produktivgenossenschaften bezwecken?“ nimmt er eine ihm beliebige Antwort als meinen etwaigen Glauben und als meine Antwort an, und widerlegt nun diese ihm passende Annahme; das heißt wirklich, sich das Leben leicht, aber es heißt auch, die Rechnung ohne den Wirth machen. Beantworten wir also die Frage ohne politische Redensarten: Das produktiv-gesellschaftliche Vorgehen soll diejenigen Arbeiter, welche

das wirtschaftliche Gebiet mehr interessiert als das politische, die dem politischen Wirken fern bleiben, sich aber an einem wirtschaftlichen Beitheiligen würden, in die Gesammtheit aufnehmen. Es fragt sich nun: a) giebt es solche Arbeiter? Ja. b) Arbeiten diese, wenn in die Bewegung eingetretten, mit für unser Ziel? Das hängt von der Organisation ab und da wir dieselbe jetzt in Händen haben — ja. c) Können diese nicht später abfallen und uns entgegen wirken? Bereuen — ja, als gefährliche Gesammtheit — nein, denn dagegen können wir uns durch Organisation, Statut und persönliche Theilnahme sichern. —

2) Sollen die Produktiv-Gesellschaften ein Erziehungs-Institut sein zur Einweisung und Auszubildung für gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb. Ist das nothwendig? Ja, denn das Volk in seiner Allgemeinheit, erzogen und alt geworden unter dem Zwang der materiellen Noth und dem herrschenden Prinzip „Jeder für sich“, entbehrt der Eigenschaften, die für den Bestand und die Fortentwicklung freier, gemeinsamer Arbeit nothwendig und in keiner politischen Vereinigung zu erwerben sind.

3) Sie sollen die Pioniere oder besser die Avantgarde sein, die ihren Kräften nach thut, was sie eben kann, um dem Grob, der Allgemeinheit vorzuarbeiten. a) Haben wir das nöthig? Nach dem Vorgesagten — ja. b) Haben wir die Kraft dazu? Ja, wenn wir den Willen dazu haben.

Sobald die Gewerkschaften dem Beschlus des Stuttgarter Kongreßes nachkommen und die Errichtung von Produktiv-Gesellschaften für ihre Hauptaufgabe ansehen, wird das Entstehen derselben nicht lange auf sich warten lassen, und, bei der Unterstützung politischer Seite mittels der Konsumtion, ihre Entwicklung mit der Entwicklung der Gesammtheit voranschreiten. Nehmen wir den Beitrag der Mitglieder der Metallarbeiter als Norm, per Monat 4 Groschen, davon für die Produktiv-Kasse 2 Groschen, so haben wir bei einer Gewerkschafts-Generalisation von nur 2000 Mitgliedern in einem Jahr einen Fond von rund 1500 Tlir. — eine Summe, die genügend ist, um den Anfang in einem Fach zu machen, dessen Früchtlüssen der Abjag durch den Bedarf der örtlichen Parteigenossen gerichtet ist, z. B. in Schneberei, Schuhmacherei; hierbei ist noch in Anschlag zu bringen, daß sich unter und kleine Geschäftsinhaber befinden, durch deren Theilnahme mancher Anfang erleichtert werden wird. So kann nach und nach ein Reich kleinerer Geschäfte in verschiedenen Branchen gelegt werden, deren Verbrauch-Material wieder das Entstehen von Produktiv-Gesellschaften in anderen Branchen ermöglicht, und die gegebenen Falls auch eine Konzentration zu größeren Geschäften zulassen. Es würde bei ruhiger Entwicklung der Bewegung der Wachsthum der politischen Seite den der wirtschaftlichen zur Folge haben, und ebenso umgekehrt. Ebenso wird das Leben der einen Seite die andere in Mitleidenschaft ziehen, und so Jedem den Satz verdentlichen, daß die politische Bewegung nicht ohne die soziale und die soziale nicht ohne die politische sein kann.

Aus dem hier Gesagten geht wohl zur Genüge hervor, daß ich nicht mit der Illusion trage, die bestehenden herrschenden Verhältnisse werden einer solchen ruhigen Entwicklung der sozialen Verhältnisse nicht gewaltsam entgegenstehen, aber ich trage mich auch nicht mit der Illusion, daß die politische Bewegung ausreichend ist für eine Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse in unserm Sinn; deshalb geht ich auch die deutschen Gewerkschaften nicht für den Schwanz der politischen Partei an, sondern unsern geselligen Verhältnissen und der Natur der Sache nach für selbstständige, wirtschaftliche Faktoren. — Zum Schluß enthalte ich Herr Järber für Gewerkschaften, deren Zweck wäre, die unbeschäftigten Mitglieder durch die beschäftigten zu unterstützen, (muß dem Sinn des Vorhergehenden nach wohl heißen: „erhalten“) und den Arbeiter sozialistisch zu bilden suchen.

Der Zweifel, den Herr Järber gegen die Möglichkeit der „Unterstützung“ ausdrückt, wird wohl allgemein getheilt werden, ebenso der Wunsch nach sozialistischer Bildung, dem wohl am besten durch gewerkschaftliche Ortsvereinigungen der verschiedenen Gewerke für jetzt entsprochen wird.

**Kochly.** Auch bei uns hat sich ein ohreijender Offizier gefunden, und zwar ein höherer, der Oberst Lieutenant Trostly. Als h. c. die Sieges-Eingungsfierlichkeit begangen und den Truppen ein Festessen gegeben wurde, erregte es sich, daß ein Soldat beim Eintritt in Speiseaal, als er seiner Verwandten ansichtig wurde, vor freudiger Aufregung über das unverhoffte Wiedersehen die Wäsche abzunehmen verlag. Sofort eilte der obgenannte Oberstleutnant vom 2. Linienregiment auf den Soldaten zu und ohreijete ihn, daß ihm und allen Anwesenden in Civil und Uniform Hören und Sehen verweigert. Von den Civil-Gästen hatte keiner so viel Schamgefühl, wenig durch Verlassen des Saals Protest gegen diese Bravallität einzulegen.

**Leipzig.** Die von uns berufene Volksversammlung am vorigen Mittwoch ist ebenfalls glänzend verlaufen. Bericht folgt.

### Fond für politische Gemahrgelde.

Von den Parteigenossen zu Leipzig 14 Tlir. 17 Gr.  
Der Parteikassier: Theodor Buchhardt.

### Briefkasten

der Redaktion. Kochly. Weber 15 noch 14, sondern 12 gr. kostet der „Volksstaat“. — Dr. Löwenthal in Berlin: Ihr Brief wird in nächster Nummer beantwortet werden. — M. in W.: Brief erhalten. Wird besorgt.

der Expedition: St. München: Die betr. Nummer ist vollständig vergiffen. A. M. in K. d. G.: Wurde besorgt. Sch. He. ord: 20 gr. erh. Sch. Hamburg: 1 Tlir. erh. B. Gassel: Sie „anens das Bestellte erst nach dem Kongreß erhalten. R. Peil: 12 fl. für Abonn. erh. D. Zwidau: Vaquet erh. K. Breslau: bezgl. P. Siegburg: „Unre Ziele“ sind noch nicht fertig. G. Barmen: bezgl. P. Siegburg: 3 Tlir. 21 gr. 5 Pf. erh. B. Essen: 21 gr. erh.

### Für Hamburg.

**Sozialdemokratischer Arbeiterverein.**  
Versammlung: Sonnabend, den 12. August, Abends 9 Uhr, in Lütje's kleinem Saal, Valentinsplatz 41.  
Tagesordnung: Die Strikes und die Gewerkschaften. Referent: Herr E. Hofmeyer.  
Gäste haben Zutritt.

### Für Leipzig.

**Sozialdemokratischer Arbeiterverein.**  
Freitag, den 11. August, Abends 7 1/2 Uhr: Versammlung im Saale der „goldenen Säge“, Ecke der Dresdener u. Langenstraße.  
Tagesordnung: Sozialpolitischer Wochenbericht. (Ref. M. Aler.) — Der Normalarbeitstag. (Ref. B. v. d. B.) — Der Vorstand.

### Finanzverhältnisse für Mainz.

Es geht das Gerücht, der neugewählte Gemeinderath, der kaum ein Drittel der Wähler vertritt, beziehungsweise einige „nationalliberale Firmen“ aus dieser Körperschaft, namentlich die Herren B. und D. und J., hätte auf seinen Stadterweiterungs-Tagen im März vorigen Jahres das Glück gehabt, nach langer Anstrengung endlich ein Hauptzollamtliches Reich aus Darmstadt zu entdecken, welches einen so außerordentlichen Sinn für stadterweiternde Finanzpläne entwickle, daß es zur Zeit unvermeidlich erscheine, denselben je eher je besser die seit 3 Jahren erledigte Finanzsekretär-Stelle (mit fl. 2000 bis fl. 2300 Gehalt) zu übertragen, und es sei daher für einheimische wie auswärtige Mitbewerber nicht der Mühe werth, um die gedachte Stelle nachzujagen. — Wir raten nun den hiesigen ausgeschriebenen Bewerber für das Finanzsekretär-Amt, nach Großgerau oder nach Darmstadt auszuwandern.

### Für Hamburg.

Sämtliche Sozialdemokraten Hamburgs und nächster Umgebung werden hiermit, darauf aufmerksam gemacht, daß **sämtliche Schriften Lassalle's** in der Buchhandlung von G. Kramer St. Pauli Thalstraße 24, zu jeder Zeit zu haben sind. Einem längst gefühlten Bedürfnis ist somit abgeholfen, und die Arbeiter werden aufgefordert, recht zahlreich sich diese Schriften anzuschaffen.  
Hamburg, d. 24. Juli. Buchhandlung von Kramer, St. Pauli Thalstraße 24.

Wiederholt machen wir darauf aufmerksam, daß Kreuzbandendungen nur dann expedirt werden, wenn der Beitrag der Bestellung beiliegt. Der Preis für ein Exemplar des „Volksstaat“ beträgt in Deutschland und Oesterreich pro Quartal 2 Gr.; nach Belgien, der Schweiz, Italien 1 Tlir., nach England und Frankreich 1 Tlir. 5 Gr.  
Die Expedition des Volksstaat.

Leipzig: Verantw. Redakteur A. Geyner (Redaktion: Petersstr. 18.)  
Druck u. Verlag: J. Thielsch. (Expedition: Petersstr. 18.)

\*) Daher der Born.  
\*\*) Hier ist sic: S. Franke, Geschäftsführer des Ausschusses der internationalen Metallarbeiter-Gesellschaft, Hannover, Valhostr. 18. Hauptkassier Hammann in Linden b. Hannover, Rüdingerstraße 38.